FRIEDENS JOURNAL

Die Türkei und die Kurden: Unsere Solidarität ist gefordert!

Foto: Demonstration in Frankfurt a.M. am 2.4.2016 - Quelle: Barbara Walzer (Flickr)

- Das Ende des Osmanischen Reichs und die Folgen / Erdogans Traum vom Osmanischen Reich
- Türkei: Militärische Angriffe gegen Kurden in Nordsyrien
- Merkels Partnerschaft mit Erdogan
- “Akademiker für den Frieden” in der Türkei
- Kurden - eine Migrantengruppe, die es nicht gibt
- Initiative für eine Städtepartnerschaft mit Kobane

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2016/Nr. 6

Inhalt

SCHWERPUNKT

Das Ende des Osmanischen Reiches und seine Folgen	3
Türkei: Militärische Angriffe gegen Kurden in Nordsyrien	6
Kurden – eine Migrantengruppe, die es nicht gibt	10

INTERVIEW

Initiative für eine Städtepartnerschaft mit Kobanê	12

FRIEDENSBEWEGUNG

Nachlese zur Friedensdemo am 8.X.	8
„Akademiker für den Frieden“ in der Türkei	9

RUBRIKEN

Erdogans Traum vom Osmanischen Reich	6
Who is Who (Kurdische Organisationen)	12
Die ökonomische Achse Berlin - Ankara	15
Friedensratschlag / IMI-Kongress	16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	31.10.2016
Die nächste Ausgabe erscheint am:	14.01.2017

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Das Buch zum Friedensratschlag 2015:
Bestellung / Rezension siehe www.friedensratschlag.de

Die Türkei und die Kurden: Unsere Solidarität ist gefordert!

Liebe Leserinnen und Leser,

selten gab es eine derart große Ablehnung der Politik von Angela Merkel in der öffentlichen Meinung wie im Umgang mit dem türkischen Präsidenten Erdogan. Oder besser gesagt: Mit der Unterwürfigkeit der deutschen Politik gegenüber den Entwicklungen in dem NATO-Partnerland (und EU-Beitrittskandidat), das etappenweise auf eine faschistische Diktatur zusteuert. Wir nehmen das zum Anlass, um die aktuellen Entwicklungen im Verhältnis Deutschlands zur Türkei und insbesondere den Kurden als Schwerpunktthema dieser Ausgabe darzustellen.

Das Verständnis der aktuellen Entwicklungen geht nicht ohne einen historischen Rückblick. Werner Ruf hat als langjähriger Nahost-Experte in seinem kürzlich veröffentlichten Buch „Islamischer Staat & Co.“ die Ursprünge der derzeitigen Einzelkonflikte im Nahen Osten beleuchtet. Hierbei geht es weniger um angeblich alte Konflikte, wie die zwischen Sunniten und Schiiten, als vielmehr die Ergebnisse der Einmischung und vorübergehende Dominanz imperialer Großmächte. Auch die Politik Erdogans ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund des osmanischen Reichs und dessen endgültigen Unterganges im 1. Weltkrieg. Wir haben deshalb einen entsprechenden Buchauszug von Werner Ruf an den Anfang gestellt. Nur so sind aktuelle Entwicklungen, wie Erdogans Traum vom Osmanischen Reich und die militärischen Interventionen in Nordsyrien zu verstehen (siehe Seite 6).

In einem aktuellen Beitrag über die Situation in Nordsyrien von Elke Dangeleit und Michael Knapp wird auch die Verlogenheit der deutschen Bundesregierung aufgezeigt. Die Unterstützung des IS durch die Türkei ist offensichtlich, wird jedoch von der Bundesregierung ignoriert. Es ist völlig grotesk, dass die Türkei offiziell an der Anti-IS-Koalition beteiligt ist und dieses nur als Vehikel zum Kriege gegen die Kurden in Nordsyrien dient. Dort, wo kurdische Orte in Nordsyrien mit Unterstützung von türkischen Truppen vom IS befreit worden sind, erlebt die Bevölkerung eine Fortsetzung des Terrors durch so etikettierte türkische Anti-IS-Kämpfer.

Die Kurden, die immer mehr in den Brennpunkt der militärischen Gewalt im Nahen Osten rücken, sind aber nicht nur dort, sondern auch in Deutschland ein Problem. In dem Beitrag von Mako Qocgiri vom Kurischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit in Berlin wird deutlich, in welch extrem schwierigen Situation sich die ca. 800.000 bis 1.000.000 Kurden in Deutschland befinden.

Solidarität ist deshalb geboten. Als Beispielhaft stellen wir eine Initiative aus Frankfurt a.M. vor, wo besonders viele Kurden leben. Hier geht es nicht nur darum, den notwendigen Protest der kurdischen bzw. kurdisch-stämmigen Mitbürger aktiv zu unterstützen, sondern auch in praktische Zeichen zu setzen, wie dieses in Frankfurt mit der finanziellen Unterstützung für ein Waisenhaus in Kobanê erfolgt.

Auch bei dem anstehenden 23. Friedensratschlag in Kassel wird die Türkei ein zentrales Thema sein. Ein Plenumsvortrag mit MdB Sevim Dagdelen lautet: „Merkels Partnerschaft mit Erdogan und die Folgen“. Wir haben dazu eine Besprechung ihres soeben erschienenen Buches zu diesem Thema aufgenommen. Auf dem Friedensratschlag wird sich außerdem noch Murat Cakir – der auch im Friedensjournal bereits wiederholt mit Beiträgen über die kurdische Frage vertreten war - mit den Entwicklungen in der Türkei selbst befassen und die Chancen der kurdischen und demokratischen Kräfte zur Diskussion stellen.

Ansonsten gibt es auf dem diesjährigen Friedensratschlag eine ganze Reihe von neuen Themen und ReferentInnen, die den Ratschlag auch in diesem Jahr wieder zum Pflichttermin machen sollten. Darüber hinaus wollen wir in diesem Jahr mehr Platz bieten für die Vernetzung verschiedener Initiativen und Kampagnen innerhalb der Friedensbewegung. Das komplette Programm ist als Flyer in der der Druckausgabe für Abonnenten beigefügt. Auf der letzten Seite dieser Ausgabe haben wir zusätzlich noch thematische Hinweise aufgenommen.

Näheres findet sich vor dem Ratschlags-Wochenende noch über unsere Homepage www.friedensratschlag.de

Die Redaktion

Das Ende des Osmanischen Reichs und seine Folgen

von Werner Ruf, emer. Professor für Internationale Politik, Edermünde

Die Horrortaten des „Islamischen Staats“ sind in aller Munde, die mehrfachen Anschläge in Paris und jüngst in Brüssel beherrschen inzwischen den Vordergrund der medialen Berichterstattung. Und alles deutet darauf hin, dass solche Anschläge sich wiederholen werden. Sie vermengen sich mit der Angst vor der Masse der Flüchtlinge, die nach Europa strömen, als ob es diese wären, die den von religiösem Fanatismus entfachten Krieg nach Europa trügen.

Nachrichtensprecher und TV-Moderatoren erklären gewissermaßen als Experten die Horror-Nachrichten mit dem scheinbar anderthalb Jahrtausende alten Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, der geradezu schicksalhaft den Nahen und Mittleren Osten entflammt, ohne dass noch ein Wort darüber verloren werden muss, worin denn, dogmatisch oder historisch, dieser Konflikt besteht. All das scheint das alte orientalistische Klischee zu bestätigen, dass der den Völkern dieser Region angeblich eigene Irrationalismus und Fanatismus die Erklärung für die beobachtbare Barbarei ist, die „dem Westen“ in seiner zivilisatorischen und der Vernunft verhafteten Kultur für immer unzugänglich bleiben muss.

So gelingt es, die Wurzeln einer Konflikthaftigkeit zu verschütten, die ihren Anfang vor mehr als hundert Jahren genommen hat und die tief in der westlichen „Inbesitznahme“ jenes Raumes gründet, dessen Reichtum an Ressourcen wie Öl und Gas bis heute interessengeleitete Rivalitäten bestimmt.

Ein Niedergang über Jahrhunderte

Das Osmanische Reich umfasste eine gigantische Landmasse, die vom heute bosnischen Bihac bis Basra im Süden des Irak reichte und zumindest formal einen Teil des Kaukasus, die Arabische Halbinsel und die nordafrikanischen Länder mit Ausnahme Marokkos umfasste. Die osmanische Herrschaft hatte sich schon immer durch große Toleranz ausgezeichnet: Die vielen Völker in ihrem Herrschaftsbereich bewahrten ihre jeweiligen Religionen, Sprachen und kulturellen Gebräuche. Schon in der Zeit der völkermordähnlichen Reconquista und der damit verbundenen Inquisition auf der iberischen Halbinsel hatte der Sultan von Istanbul nicht nur den flüchtenden Arabern, sondern auch Zigtausenden Juden Unterschlupf gewährt.

Ökonomischer Untergang durch „Freihandel“ im 19. Jahrhundert

Entscheidend für den Niedergang des Reiches waren zwei Entwicklungen. Da war zum einen die Expansion des britischen Imperialismus in die Region. Das politische System des Osmanischen Reiches basierte vor allem auf der Abschöpfung von Steuern aus der agrarischen Produktion. Schon seit der erfolglosen Belagerung von Wien (1683) hatte das Reich zunehmend militärische Niederlagen und daraus folgende Gebietsverluste hinnehmen müssen. Zur Modernisierung der Armee, aber auch der Verwaltung nahm die Hohe Pforte Kredite im Ausland, vor allem in England und Frankreich auf. Bereits im 19. Jahrhundert mussten bis zu 80% des Staatshaushalts für den Schuldendienst aufgewendet werden.

Im Gegenzug schlossen die beiden europäischen Mächte Handelsverträge (so genannte Kapitulationen) mit der Pforte, die vor allem die Senkung bzw. Abschaffung von Zöllen zum Ziel hatten. Damit entgingen dem Staat wesentliche Einnahmen für den Ausbau von Verwaltung, Infrastruktur, aber auch für das Militär. Diese Kapitulationen lesen sich teilweise wie Blaupausen des die heutige globalisierte Welt regierenden Washington Consensus und der auf der neo-liberalen Ideologie basierenden Freihandelsabkommen. Die Kapitulation von 1838 z. B. sicherte England freien Handel zu, dessen Folge eine Überschwemmung des osmanischen Marktes mit britischen Billigwaren war. Das osmanische Handwerk war trotz besserer Qualität nicht konkurrenzfähig. Die Kapitalien wanderten ins Ausland ab. Das Osmanische Reich sank auf einen halbkolonialen Status herab und wurde zunehmend wirtschaftlich und politisch von Europa abhängig.

Nationalstaatsbewegungen im früheren Imperialismus

Der zweite Faktor, der mit diesem ökonomischen Niedergang einherging, waren die in der Folge der Französischen Revolution aufkommenden Nationalismen, zunächst vor allem auf dem Balkan, aber auch unter den religiösen und ethnischen Minderheiten des Nahen Ostens wie unter der arabischen Bevölkerung. Genährt wurden sie auch durch die imperialistischen Mächte Großbritannien, Frankreich und Russland, die sich zu Schutzmächten verschiedener Minderheiten aufschwangen. So „schützten“ (und instrumentalisierten) Großbritannien vor allem die Araber und Drusen, Frankreich die (katholischen) Maroniten, Russland die griechisch-orthodoxen Christen.

In der gesamten islamischen Welt hatten sich nationalistische Bewegungen gebildet, die sich unter dem Namen „Junge Afghanen“, „Jungtunesier“ und eben auch „Jungtürken“ gegen die überkommenen archaisch-feudalen Strukturen auflehnten und in einem auf ethnisch-nationaler Homogenität basierenden Staatswesen nach bürgerlich-nationalistischem Vorbild die politische Zukunft ihrer Länder sahen.

Den jungtürkischen Kräften unter Führung von Mustapha Kemal, der sich später „Atatürk“ (Vater der Türken) nannte, gelang es 1908, Sultan Abdül Hamed zu entmachten und so die Grundlagen für die sich streng laizistisch, aber auch ethnisch-national verstehende Türkische Republik zu legen. Das Osmanische Reich hatte damit schon vor dem 1. Weltkrieg wesentliche Teile seiner Souveränität verloren.

Der 1. Weltkrieg fand auch im Nahen Osten statt

Vergessen oder verdrängt wird bei der Aufarbeitung des 1. Weltkrieges vor allem der Weltkriegscharakter dieses Krieges, der ja nicht nur zum Untergang der Mittelmächte, des Deutschen Kaiserreichs und der Doppelmonarchie

Österreich-Ungarn, führte, sondern auch das Ende des Osmanischen Weltreichs zur Folge hatte.

Dass es sich beim „Großen Krieg" 1914 – 1918 um eine die ganze Welt betreffende Auseinandersetzung handelte, zeigt vor allem auch die weltweite Rekrutierung von Soldaten. Allein Frankreich hatte aus seinen Kolonien etwa 485.000 Soldaten rekrutiert, die als Kanonenfutter auf die Schlachtfelder an der Marne und anderswo geschickt wurden. Hinzu kamen rd. 130.000 zwangsrekrutierte Arbeiter für die Rüstungsproduktion. Allein aus Indien hatte Großbritannien rd. 1,5 Millionen Soldaten und Arbeiter in die Kriegszonen verbracht. Auch Russland hatte ca. 500.000 nicht-europäische Soldaten rekrutiert.

Die osmanische Armee rekrutierte massenhaft arabische Soldaten, die zu Zehntausenden in den großen Schlachten wie in Gallipoli am Eingang zu den Dardanellen starben. Diese Maßnahmen wie auch die Modernisierung insbesondere des heutigen Syrien durch den Ausbau kriegsnotwendiger Infrastruktur (Eisenbahnen, Straßen, Telefonverbindungen usw.) beschleunigten den sozialen und politischen Wandel der Region.

Russische Truppen besetzten Gebiete Ost-Anatoliens, wo sie von Teilen der armenischen Bevölkerung als Befreier begrüßt wurden. Dies nahm der osmanische Staat unter jungtürkischer Herrschaft zum Vorwand für den Völkermord an den Armeniern. Die osmanische Armee griff zwei Mal den Suez-Kanal an, das Deutsche Reich entsandte das „Asien-" oder „Levantekorps" zur Unterstützung der Pforte, die britische Armee eroberte Mesopotamien, Syrien und Palästina. Erst der Kriegseintritt des Osmanischem Reiches schuf das große nicht-europäische Kriegsgebiet: „Der ganze Nahe Osten wurde in Flammen gesetzt". Der Krieg betraf auch Persien und Afghanistan, welches das Deutsche Reich in die Kriegshandlungen einzubeziehen versuchte.

So spielten die imperialistischen Interessen der großen Mächte – einschließlich des zaristischen Russlands – eine zentrale Rolle in dieser globalen bewaffneten Auseinandersetzung.

Das deutsche Kaiserreich: Koloniale Expansion in den Nahen Osten

Schon nach dem Berliner Kongress (1878), der die Balkankrise beendete und eine „Friedensordnung" für Südosteuropa ausgehandelt hatte, kam es zu einer deutsch-osmanischen Annäherung. Im Zuge des sich verstärkenden Gegensatzes zwischen dem Deutschen Reich und der Entente wurden die deutsch-türkischen Beziehungen intensiviert. Die Firma Krupp rüstete das osmanische Heer neu aus, das Reich entsandte Militärberater zur osmanischen Armee. Auch mit dem Iran versuchte das Deutsche Reich schon ab 1873 seine strategischen Beziehungen auszubauen, um mit einer Achse Berlin-Teheran ein Gegengewicht gegen den russischen Nachbarn zu etablieren, so wie es schon ab 1903 und massiv nach Kriegsbeginn Afghanistan zur Eröffnung einer Front gegen Großbritannien auf dem indischen Subkontinent zu veranlassen versuchte.

Die Interessen des deutschen kolonialen Expansionismus waren handfester Natur: Inzwischen war die industrielle Revolution so weit fortgeschritten, dass der Zugang und die Kontrolle der Ölquellen von größter strategischer Bedeutung geworden waren. Nicht nur der Antrieb von Maschinen und Automobilen, sondern auch von Kriegsgerät wie Schiffen, Flugzeugen, Panzern hatte oberste strategische Priorität erhalten. Zu den ehrgeizigen Flottenplänen des Kaisers gehörte die Umstellung der Marine von Kohle auf Diesel – noch bevor die britische Flotte mit Winston Churchill als Lord der britischen Admiralität diese Umrüstung vollzog. Zentrales Projekt des deutschen Imperialismus war vor diesem Hintergrund die Bagdad-Bahn, nachdem in Mossul und Basra Ölvorkommen entdeckt worden waren. Sie sollte den Zugriff auf die Quellen des neuen, die Industrialisierung revolutionierenden Rohstoffs sichern.

Die projektierte Bahnlinie, die von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank finanziert werden sollte, hatte zum Ziel, Berlin über den Balkan, die heutige Türkei, Syrien mit dem damaligen Mesopotamien zu verbinden, und sollte in Basra, also unmittelbar vor der Grenze des heutigen Kuweit enden. Die Oberhoheit über dieses Emirat sicherten sich die Briten 1899 in einem Vertrag mit dem Emir von Kuweit, in dem dieser zusagte, niemals Verträge über die Niederlassung dritter Mächte im Land zuzulassen. 1901 zwang Großbritannien durch die Entsendung einer Flotte den osmanischen Sultan, die Etablierung eines britischen Protektorats über Kuweit zu akzeptieren.

Das beinahe fertig gestellte Projekt mit einer geplanten Länge von 3.905 km scheiterte dann nach zähen und schwierigen Verhandlungen zwischen der Deutschen Bank und britischen Erdölkonzernen endgültig mit dem Beginn des 1. Weltkriegs, als England große Teile Mesopotamiens besetzte.

Großbritannien und Frankreich ordneten den Nahen Osten.

Um das Osmanische Reich als schwächstes Glied der Allianz mit den Mittelmächten zu zerstören, hatte Großbritannien während des Krieges versucht, unterschiedlichste Bündnisse zu schmieden: Den Arabern versprach London unter Führung des Sherifen von Mekka Hussein Ibn Ali vom Clan der Haschemiten ein unabhängiges arabisches Königreich, wenn sie einen Aufstand gegen die osmanischen Herrscher organisierten - was diese dann auch taten. Nahezu zeitgleich (1917) versprach der britische Außenminister Arthur James Balfour dem Vertreter der zionistischen Weltorganisation Chaim Weizmann die Errichtung einer gegen die arabische Nationalbewegung gerichteten „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina", allerdings unter der Bedingung, dass „nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina … in Frage stellen könnte.".

Im Widerspruch zu diesen Zusagen hatten sich Großbritannien und Frankreich schon 1916 in einem von den Diplomaten Sykes und Picot geschlossenen Abkommen darauf geeinigt, die Region zu kolonisieren und untereinander aufzuteilen. Das ist das, was dann auch geschah.

Es ist eine der Ironien der Weltgeschichte, dass die sowjetische Diplomatie nach der Oktober-Revolution dieses Abkommen, das sonst vielleicht für immer geheim geblieben wäre, veröffentlicht hat. An den Verhandlungen über dieses Abkommen war anfänglich auch das zaristische Russland beteiligt, dessen Hauptziel nach der Zerstörung des Osmanischen Reiches die freie Durchfahrt durch die Meerengen der Dardanellen und des Bosporus war. In seiner dann nur von England und Frankreich geschlossenen Form sah das Abkommen vor, die Region des Nahen Ostens zwischen Großbritannien und Frankreich aufzuteilen. Die nördlichen Gebiete (heute Libanon und nördlicher Teil Syriens) sollten Frankreich unterstelltes Mandatsgebiet werden, die südlicher gelegenen Gebiete mit Damaskus und Aleppo einschließlich Mossuls französisches Einflussgebiet. Der Süden des heutigen Irak mit Bagdad und Basra sowie die Emirate am Golf sollten unter britische Herrschaft fallen, das heutige Jordanien und die Gebiete des heutigen mittleren Irak waren als britisches Einflussgebiet vorgesehen. Im Gegensatz zu den Vorstellungen des Sykes-Picot-Abkommens sicherte sich Großbritannien das ölreiche Mossul. Palästina sollte unter internationale Verwaltung gestellt werden.

Während die Zukunft Deutschlands in Versailles verhandelt wurde, fanden die Verhandlungen über das Osmanische Reich im Pariser Vorort Sèvres statt. Die dort erzielten Ergebnisse einer territorialen Neuordnung der Region entsprachen weitgehend den im Sykes-Picot abgestimmten Einflusssphären: Die Türkei entstand als Nationalstaat und umfasst, wie schon lange von den Jungtürken gefordert, weitgehend die türkisch-sprachigen Gebiete, allerdings unter Einschluss großer kurdischer Regionen in Anatolien.

Künstliche Staatsgrenzen und offene Probleme

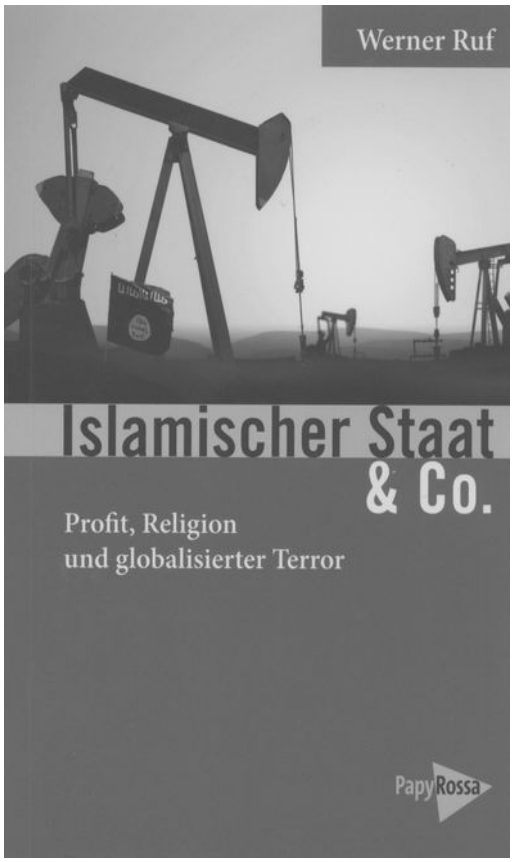
Willkürlich wurden Grenzen gezogen, die weder den bestehenden Stammesstrukturen noch den ethnischen und religiösen Gegebenheiten der Region Rechnung trugen: so entstanden unter französischer Oberherrschaft das heutige Syrien und der Libanon, wo sich Frankreich vor allem auf die maronitische (katholische) Volksgruppe stützte. Die Golfemirate wurden britischer Verwaltung unterstellt, künstlich geschaffen wurden das heutige Syrien, Jordanien und der Irak, für dessen Errichtung die ethnisch und religiös verschiedenen Provinzen Mosul, Bagdad und Basra zusammengelegt wurden. Mit Jordanien und Irak „entschädigte“ Großbritannien die verbündeten Araber, indem sie Haschemiten auf neu geschaffene Throne in Bagdad und Amman setzten. Die Ergebnisse der Konferenz von Sèvres bestimmen bis heute die territoriale Ordnung der Region. Zugleich wurden mit ihr Probleme geschaffen, die heute mit Macht an die Oberfläche treten und nach einhundert Jahren jene „Ordnung“ radikal in Frage stellen:

Ungelöst ist nach wie vor das Palästina-Problem. Zwar verdankt Israel seine Existenz letztlich der Balfour-Declaration, doch sollte ja auch ein palästinensischer Staat entstehen. Dessen Grundlage ist bis heute jener Teilungsplan der Vereinten Nationen vom 29. November 1947, der einen palästinensischen und einen jüdischen Staat vorgesehen hatte. Die palästinensische Seite hat sich mittlerweile mit den im Junikrieg des Jahres 1967 geschaffenen Fakten – dem wesentlich erweiterten israelischen Territorium – zufrieden gegeben und fordert als palästinensisches Staatsgebiet nur noch die westlich des Jordan damals besetzten Gebiete und den Gazastreifen (rd. 20% des ehemaligen britischen Mandatsgebiets in Palästina). In Folge der israelischen Siedlungspolitik ist die Entstehung eines palästinensischen staatlichen Gebildes mittlerweile in weite Ferne gerückt. Nicht weniger unwahrscheinlich ist die Realisierung einer Ein-Staats-Lösung, wie sie in letzter Zeit immer wieder vorgeschlagen wird, da Israel vehement auf dem jüdischen Charakter des Staates beharrt, also die Ausgestaltung des Staates nach ethno-religiösen Grundsätzen fordert.

Ungelöst und von immer drängenderer Aktualität ist die Kurdenfrage: In Sèvres war den Kurden noch die Errichtung eines kurdischen Staates in Aussicht gestellt worden. Auf der Folge-Konferenz in Lausanne (1923) wurde die Türkei definitiv in ihren heutigen Grenzen konstituiert. Die territorialen Streitfragen mit Griechenland, Zypern wie auch die Frage der Gründung eines armenischen Staates wurden im Sinne der Türkei gelöst, die Kurdenfrage kam erst gar nicht mehr auf den Tisch. So sind die Kurden heute auf vier Länder verteilt: Türkei, Syrien, Irak und Iran.

Abgesehen von der Konfliktträchtigkeit, die sich aus der willkürlichen Grenzziehung entlang von geo-strategischen und Rohstoffinteressen ergab, verhinderte die „Ordnung“ nach kolonialer Willkür auch die Schaffung eines geeinten und unabhängigen arabischen Staates.

Primäres Interesse der Türkei ist nach wie vor die Verhinderung einer kurdischen Staatlichkeit oder auch nur einer Autonomie – sei es im Norden Syriens oder innerhalb des türkischen Territoriums. Die Zerstörung Syriens als Staat durch den Sturz Assads hätte nicht nur einen Machtzuwachs der Türkei zur Folge, er könnte auch Perspektiven für die Eingemeindung bisher syrischer Gebiete eröffnen.



Der Beitrag ist ein redaktionell bearbeiteter Auszug aus dem Buch des Autors über den IS-Staat, erschienen im PapyRossa-Verlag, 156 Seiten, Sept. 2016
ISBN 978-3-89438-618-4, 13,90 €

Erdogans Traum vom Osmanischen Reich

Eine Rückkehr zu altem Glanz verspricht der türkische Präsident Erdogan seinen Anhängern. Das Staatsfernsehen zeigt das Land schon in den Grenzen des Osmanischen Reichs - und das Militär greift in Nachbarstaaten ein.

In Zeitungsartikeln der ganzen Welt wird Recep Tayyip Erdogan seit Jahren als "Sultan" tituliert. Aber selten passte diese Bezeichnung so gut wie jetzt, selten wurde deutlich, wie sehr sich der Präsident eine Türkei nach Vorbild des Osmanischen Reichs ersehnt. Nach den "Säuberungen" im Inland verfolgt Erdogan nun, gut drei Monate nach dem gescheiterten Putsch, auch außenpolitisch einen aggressiven Kurs.

"Wir haben unsere derzeitigen Grenzen nicht freiwillig akzeptiert", sagte er kürzlich in einer Rede. "Unsere Gründungsväter wurden außerhalb dieser Grenzen geboren." Damit spielt er auf den Widerstand gegen den Vertrag von Lausanne von 1923 an, der unter anderem die heutigen Grenzen der Türkei festlegte. Vom Osmanischen Reich, das einst von Nordafrika einschließlich Ägypten über den Balkan bis ans Kaspische Meer reichte, war nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr viel übrig - eine Tatsache, die Erdogan offensichtlich nicht akzeptieren mag.

Immer wieder stellt er die heutigen Grenzen in Andeutungen in Frage. Richtung Griechenland verkündete er zum Beispiel: "Im Vertrag von Lausanne haben wir Inseln weggegeben. So nah, dass wir eure Stimmen hören können, wenn ihr hinüberruft. Das waren unsere Inseln. Dort sind unsere Moscheen."

Viele seiner Anhänger zeigen unverhohlen, dass sie sich die Rückkehr zu alter Größe wünschen. Im Internet verbreiten sie Karten, die das Land in den Grenzen von 1920 zeigen. Selbst staatlich kontrollierte Sender zeigen gelegentlich solche Schaubilder.

Bis 1920 gehörten auch Teile vom heutigen Norden Syriens und Iraks dazu, darunter die Städte Aleppo und Mossul. Mit Blick auf Syrien und Irak betont Erdogan regelmäßig, es gebe dort "türkische Interessen". [...]

Das militärische Vorgehen der Türkei belegt, dass die Regierung in Ankara gewillt ist, ihre Interessen auch mit Gewalt durchzusetzen. Das Land hatte nach dem sogenannten Arabischen Frühling die Chance gewittert, zur Regionalmacht aufzusteigen und den Nahen und Mittleren Osten nach eigenen Interessen zu formen: mit starker sunnitischer Dominanz und Regierungen in allen Ländern, die Erdogan wohlgesonnen sind.

Doch dieser Plan ging nicht auf. Vielmehr ist die Türkei mit allen Nachbarstaaten zerstritten, in Syrien dauert der Krieg seit Jahren an, der Irak ist faktisch zerfallen, in Ägypten wurde Mohammed Mursi weggeputscht - und die Türkei hat fast überall nichts zu melden. Immerhin im Nordirak hat sie sich mit der kurdischen Autonomieregierung arrangiert.

Erdogan und seine Regierung suchen die Schuld für diese Lage nicht bei sich, sondern im Ausland. Fremde Mächte wollten demnach den Aufstieg der Türkei zur Regionalmacht verhindern, neideten ihr den wirtschaftlichen Schwung der vergangenen Jahre und wollten das Land am liebsten spalten. Der Putschversuch, so die landläufige Überzeugung, sei ein Teil dieses ausländischen Komplotts gegen die Türkei, da die Gülen-Bewegung, die nach Ansicht der Regierung dahinterstecke, vom Westen unterstützt werde. [...]

Der gescheiterte Umsturz, den Erdogan als "Geschenk Gottes" bezeichnete, scheint zugleich die neo-osmanischen Träume Erdogans und seiner Getreuen zu beflügeln. Das Staatsoberhaupt soll mächtiger werden - und mit ihm sein Land. Premier Yildirim brachte diese Woche auf den Punkt, worum es geht: "Die Tür zum Präsidialsystem hat sich seit dem Putschversuch vom 15. Juli weit geöffnet." [...]

Quelle: Spiegel Online / Hasnain Kazim (26.10.2016)

Türkei: Militärische Angriffe gegen Kurden in Nordsyrien

von Elke Dangeleit und Michael Knapp, Berlin

Von kurdischer Seite gibt es erneut Vorwürfe über enge Verbindungen zwischen dem IS und der von der Türkei unterstützten FSA-Einheiten. Anlass dafür sind Angriffe der türkischen Luftwaffe auf Stellungen der von kurdischen Einheiten angeführten SDF (Syrische Demokratische Kräfte) in den frisch vom IS eroberten Dörfern westlich der IS-Hochburg Al Bab. Die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtet auch von schweren Artillerie- und Raketenangriffen der türkischen Armee in der Region.

Die regierungsnahe türkische Nachrichtenagentur Anadolu sprach von 200 getöteten Mitgliedern der YPG durch die Luftangriffe des türkischen Militärs auf syrischem Territorium. ANF hingegen berief sich auf ein Mitglied des SDF-Militärrates der Stadt Al Bab, Mihemed Abdulrezak. Seinen Angaben zufolge seien bei den Angriffen vier Zivilisten und zehn Kämpfer der - zu den SDF gehörenden - Jaysh al-Thuwar (Armee der Revolutionäre) getötet worden. Auch die den SDF mit Sicherheit nicht nahestehende syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte bestätigt nur 11 Tote in den Reihen der SDF.

Die Koordinierungsstellen der Kantone Cizire, Kobane und Afrin interpretieren die Angriffe als Reaktion auf die Befreiung der Dörfer vom IS. SDF-Sprecher Silo sieht darin Vorwürfe bestätigt, dass der türkische Staat Verteidiger der terroristischen Organisation IS und anderer nahestehender Terrorgruppen und Personen ist.

Mit den Angriffen möchte die Türkei auch verhindern, dass die SDF, die für die Türkei und ihre Verbündeten islamistischen Milizen strategisch wichti-

ge Stadt Al Bab vor ihren eigenen Bodentruppen und islamistischen Milizen einnehmen.

Strategischer Kampf gegen kurdischen Rojava-Kanton

Al Bab ist das Bindeglied zwischen den Rojava-Kantonen Afrin und Kobane. SDF-Sprecher Talal Ali Silo erklärte, dass die Türkei die Vereinigung von den Kantonen Afrîn und Kobanê um jeden Preis zu verhindern suche.

Zudem wolle sie die Kurden nördlich von Aleppo vertreiben und damit die Demographie zugunsten der Islamisten verändern.

Gegenwärtig rücken die SDF von Westen und Osten auf Al Bab vor, die syrische Armee von Süden und die von der Türkei unterstützten islamistischen Truppen von Norden. Zwischen den Beteiligten gibt es einen Wettlauf, wer zuerst Al Bab erreicht. Sollte dies die Türkei mit ihren Islamisten im Schlepptau sein, ist anzunehmen, dass die IS-Kämpfer sich wie in Jarablus in die Reihen der Türkei-Truppen einreihen und Al Bab kampflos übergeben.

Sollten dies die SDF sein, müsste die Türkei mit größeren Militäreinheiten aus der Türkei über Jarablus einmarschieren, um die SDF an der Eroberung der Stadt zu hindern. Dies könnte zu Problemen mit Russland führen, das trotz angeblicher Absprachen mit Erdogan die Türkei nicht zu tief in Syrien haben will.

Internationale Proteste bleiben aus

So wie die USA und die Internationale Koalition beim Einmarsch der türkischen Truppen und den anschließenden Angriffen auf Stellungen der SDF geschwiegen hatten, so still ist es auch bis heute über die Bombardierungen der SDF-Stellungen bei Afrin und dem erneuten Beschuss des Kantons Afrin mit türkischen Raketen. Russlands Außenminister Lawrow äußerte sich zwar besorgt, Konsequenzen haben diese Sorgen bisher allerdings nicht.

Die USA verkünden, nichts von Luftangriffen zu wissen - und die Bundesregierung? Schweigt. Böse denkt, wer fragt, ob eventuell das türkische Militär die Angriffs-Koordinaten von deutschen Aufklärungsfliegern erhielt. Schließlich liefern die deutschen Tornados doch genaue Fotos von der Region, - natürlich nur, um die IS-Stellungen zu identifizieren. Im Deutschlandfunk sagte Jan van Aken: "um einen Missbrauch zu verhindern, lasse die Bundesregierung jedes Foto mit dem Hinweis 'nur für den Kampf gegen IS' beschriften und vertraue einfach darauf, dass sich die Türkei auch daran halte"

Incirlik: Türkei ignoriert deutsche Anfrage

Der Linken-Politiker wollte sich nun selbst ein Bild vor Ort auf dem Nato-Stützpunkt Incirlik machen. Mitte Oktober informierte er das Auswärtige Amt über sein Vorhaben. Die Türkei lehnte zwar nicht offiziell ab, ignoriert aber bis heute die Anfrage. Van Aken forderte, dass ein erneutes Besuchsverbot zur Folge haben müsse, dass der Bundestag die im November anstehende Mandatsverlängerung für den Einsatz in Incirlik verweigere.

Wegen der im Juni im Bundestag verabschiedeten Armenier-Resolution hatte die Türkei den Bundestagsabgeordneten monatelang einen Besuch auf der Airbase verweigert. Es mehren sich zudem kritische Stimmen die fordern, dass, angesichts der Unberechenbarkeit von Erdogan, die USA schnellstens ihre Atomwaffen von Incirlik abziehen solle. Auch treten in den sozialen Netzwerken Fragen nach der Beteiligung der Türkei an der Anti-IS-Koalition auf.

Gezielte türkische Angriffe

Schließlich würde gerade in Nordsyrien immer offensichtlicher, dass das Hauptziel der Türkei die Vertreibung der Kurden und die Zerschlagung Rojavas sei, während der IS verschont, vorgewarnt oder IS-Kämpfer in die eigenen Reihen integriert würden.

Der außenpolitische Sprecher CDU/CSU Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, brachte in schon fast komisch anmutender Art und Weise seine Unkenntnis über die Geografie der Region und die dortigen politischen Verhältnisse zum Ausdruck und kolportiert die türkische Haltung.

Nachgefragt, was er denn zu den angeblich 200 in Nordsyrien durch türkisches Bombardement getöteten YPG Kämpfern sage, erklärte er am 21.10., dass die Türkei sicher gute Gründe habe, den "von Kurden mitgetragenen" Terrorismus "im Nordirak äh… Nordsyrien" zu bekämpfen, der "genauso verantwortlich für die schreckliche Lage in Syrien ist, wie die anderen Dinge auch".

Auffällig ist, dass die Angriffe der Türkei vor allem auf Dörfer in der Umgebung von Afrin gezielt haben. Dabei ging es vor allem um Gebiete, die frisch aus der Hand des IS befreit worden waren. Getroffen wurde dabei weniger die YPG, als vielmehr die "Revolutionären Kräfte", die in der Bevölkerung der Region tief verwurzelt sind und gemeinsam mit den SDF vorgehen.

Möglicherweise steht dahinter das Kalkül, regionale Widerstandsgruppen gegen die YPG aufzubringen. Dies scheint allerdings nicht aufzugehen. In einer Erklärung vom 22.10. betonen die Einheiten der "Revolutionären Kräfte", in denen vor allem regionale Gruppen, wie die Räte von Al Bab, die Frauenverteidigungseinheiten von Shehba, Jaish al Siwar, Stammeskräfte um Aleppo, die Demokratische Brigade des Nordens und Jabhat al Akrad organisiert sind, dass sie nun in eine "Offensivhaltung gegenüber der Türkei und mit ihr verbündeter Gruppen" gehen würden.

Kooperation der Türkei mit IS-Milizen

Es kam an verschiedenen Orten zu schweren Gefechten, so zerstörte unter anderem eine Gruppe der Revolutionären Kräfte nach eigenen Angaben in der Region Shehba einen türkischen Panzer. Sie werfen der Türkei unter anderem vor, dass sie ihre Angriffe mit dem IS koordiniere. So sei es zu zeitgleichen Operationen des türkischen "Euphrat Schildes" und des IS gegen die Revolutionären Kräfte gekommen.

Am 22.10. wurde ein türkisches Aufklärungsflugzeug abgeschossen. Die Revolutionären Kräfte erklärten, dass alleine am 22.10. viele türkische Soldaten und Milizionäre bei Gefechten getötet worden seien. Auch der Kommandierende der zur Operation der Türkei gehörenden Gruppe Asif al Shamal sei verletzt worden. Währenddessen hat die Türkei 20 weitere Panzer nach Shehba verlegt.

Die Metamorphose von IS-Kämpfern zu türkischen Anti-IS-Kämpfern

Schon im September berichtete ANF von Dokumenten, die den SDF-Kräften in die Hände fielen. Sie belegen, dass ein gewisser Ahmet Gafur, der frühere Vorsitzende des IS-Sharia-Gerichtes Jarablus, nun Kommandeur der von der Türkei in Jarablus stationierten Sultan-Murad-Brigade sei.

Die Sultan-Murad-Brigade wurde vom türkischen Geheimdienst MIT gegründet. Auch Ahmet Gafur's Cousins Mihemmed Gafur und Abdulgeni Gafur waren Mitglieder des IS. Sie sind nun ebenfalls Mitglieder der Sultan-Murad-Brigade. Die Türkei bestreitet die vorangegangene IS-Zugehörigkeit der drei Cousins und präsentiert sie als Kämpfer der FSA.

Ähnlich sieht es laut ANF mit einem weiteren berüchtigten IS-Offizier aus Rai, Mihemmed Kelhesen, aus. Er ist auch bekannt als "Cebon aus Rai". Während der Vorbereitungen für die türkische Invasion in Jarablus hielt er sich in der Türkei auf. Als der Einmarsch nach Jarablus begann, kehrte Kelhesen als Kommandeur der islamistischen Truppen zurück, die die Türkei im Schlepptau hatte.

In Jarablus hat er heute eine leitende Stellung. Für die Bewohner der Region ein Affront, denn sie wissen, dass Hunderte von Menschen in der Region unter dem von der IS-Herrschaft profitierenden Mihemmed Kelhesen leiden mussten und er sich an ihrem Eigentum, Häusern und Autos bereicherte.

Zekeriya Walid ist ein weiterer Veteran des IS. Er hatte seit Jahren verschiedene Aufgaben beim IS übernommen, als dieser in die Azaz-Rai-Jarablus-Region einmarschierte. Beschlagnahmte Fotos zeigen Zekeriya Walid nun in neuem Outfit. Er ließ sich zwischen zwei türkischen Soldaten mit einen "Graue-Wölfe-Zeichen" fotografieren.

Macit Tapus und Taha Al-Esqer sind aus dem Dorf Ceke in Azaz. Sie schlossen sich sofort nach der Eroberung der Azaz-Region dem IS an und plünderten, verhafteten und mordeten. Nun sind sie als Mitglieder der Ersten Legion, Teil der Sultan-Murad-Brigade in Jarablus.

Flucht aus Jarablus

Viele Flüchtlinge aus Jarablus sehen in der türkischen Besatzung eine Fortsetzung der IS-Herrschaft, da Milizen des IS weiterhin mit anderen Uniformen präsent seien. Nach Angaben von ANHA haben in den letzten 15 Tagen mehr als 2.000 Bewohner Jarablus in Richtung Minbic verlassen.

Sie berichteten, dass ihre Behandlung durch die Türkei und ihre Milizen "unerträglich" sei. Insbesondere komme es zu schweren Übergriffen und Folter. Im Rahmen der türkischen Operation wurden mehr als 50 Dörfer geräumt. Schon in den ersten Tagen der türkischen Besetzung hatten 5.000 Bewohner die Flucht ergriffen.

Der Beitrag ist die redaktionell gekürzte Fassung eines Artikels, der am 24.10.2016 auf www.telepolis.de veröffentlicht wurde.

Nachlese zur Friedensdemo am 8.X.

Schriftlich vorliegende Redebeiträge:
- Dr. med. Angelika Claußen (IPPNW)
- Kuvvet Ihsan Lordoglu (Universität Marmara, Kocaeli)
- Lena Kreymann (für das Jugendbündnis)
- Mike Nagler (attac Koordinierungskreis)
- Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)
- Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi Bundesvorsitzende)

Videos
- Impressionen von der Demo
- Demonstrationszug
- ZDF manipuliert Wagenknecht
- Kultur auf der Demo 8.X.
- Prinz Chaos II.
- Jane Zahn
- Russisch-Ukrainische Musik

Auszug aus der Rede von Sahra Wagenknecht (Schlussteil):

Was ich auch ganz wichtig finde, und das hat ja auch ganz viel mit Weltfrieden zu tun, ist das, was die NATO zurzeit in Europa veranstaltet. Und auch das ist hoch bedrohlich. 75 Jahre nach dem Beginn des verbrecherischen Weltkrieges sind deutsche Soldaten wieder an der russischen Westgrenze stationiert, finden dort schlimme Manöver statt, mit brutalem Kriegsgebaren. Und in Deutschland werden die Atomwaffen modernisiert. Wer zum Teufel braucht in Deutschland modernisierte Atomwaffen? Welche Halbverrückten planen da in ihrem Kopf irgendwelche furchtbaren führbaren Kriege. Das kann doch nicht ihr Ernst sein. Wer sowas plant, der ist doch krank und den muss man stoppen.

Und den müssen wir ganz laut stoppen. Diese ganze fatale und falsche Politik. Und ich wünsche mir auch deshalb, dass die Friedensbewegung viel, viel stärker wird, weil ich hoffe, dass das dann auch auf die anderen Parteien im Bundestag endlich mehr Druck macht. Es ist doch ein Trauerspiel, wo SPD und Grüne heute gelandet sind in ihren Bundestagsparteien. Bei den Grünen ist ja wirklich inzwischen mehr oliv als grün, wenn ich höre, dass dort jetzt schon wieder am vehementesten gerufen wird nach irgendwelchen Flugverbotszonen und anderem. Als hätte man nicht gesehen, wo das in Libyen hingeführt hat. Und auch bei der SPD, die hatten doch auch mal eine andere Tradition. Und da erinnere ich immer gerne daran, die hatten zum Beispiel in ihrem Berliner Programm auch mal die Position der Auflösung der NATO und der Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands. Das, was wir heute als Linke vertreten. Das war doch richtig! Und deswegen muss ich ganz klar sagen: Wenn diese Parteien glauben, dass die Linke irgendwann auch zur Kriegspartei wird, um eine Koalition zu bekommen, das können sie sich abschminken. Aber wenn diese Parteien eine friedliche Politik machen wollen, dann sind wir dabei und dann können wir sie auch unterstützen. Und deswegen: Werden wir alle stärker, werden wir alle lauter, für den Weltfrieden und für Kooperation! – Ich danke euch. (Applaus)

Quellen: http://friedensdemo.org/demo-8-x-nachlese

“Akademiker für den Frieden” in der Türkei

Redebeitrag von Kuvvet Ihsan Lordoglu (Hochschullehrer Universität Marmara, Kocaeli) am 8.X. in Berlin

Ich vertrete heute hier die Initiative „Akademiker für den Frieden“ in der Türkei. Ich bin einer von den über 2.200 Akademikerinnen und Akademikern, die am 11. Januar die Petition mit der Überschrift „Wir werden uns an diesem Verbrechen nicht beteiligen“ unterzeichnet haben. Ich überbringe Ihnen die wärmsten Grüße von ihnen.

Screenshot aus Video-Aufzeichnung von Regenbogen.tv

Seitdem mussten wir unzählige Diskriminierungen, Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Mobbing am Arbeitsplatz erdulden. Viele von uns wurden entlassen oder gedrängt, ihre Arbeit aufzugeben, in Rente zu gehen. Insgesamt 111 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mussten ihre Arbeitsstelle aufgeben. 44 von ihnen erhielten am 1. September die Nachricht von ihrer Kündigung, ohne Angabe von Gründen. Ohne die Kenntnis darüber, was ihnen vorgeworfen wird, ohne sich verteidigen zu können, mussten sie ihre Hochschulen und die staatlichen Wohnungen verlassen.

Wir wissen, was wir „verbrochen“ haben: wir waren für den Frieden eingetreten, dies war unser „Verbrechen“.

Bevor ich die Petition unterzeichnet hatte, hatte ich mit meiner Frau zusammen die Stadt Cizre im Südosten der Türkei besucht. Zwei Tage lang hatten wir dort recherchiert, uns Augenzeugen angehört und abschließend einen Bericht geschrieben. Als wir später diesen Friedensaufruf lasen, unterzeichneten wir ihn ohne zu zögern.

Wir unterzeichneten diesen Aufruf nicht auf der Grundlage von Infos von Dritten, sondern auf der Grundlage dessen, was wir selbst miterlebt hatten.

Man hinderte uns an der Ausführung unserer Arbeit. Man verhängte gegen uns Reiseverbote, damit wir im Ausland nicht von diesen Erlebnissen berichten können. Als ich im vergangenen Juli für einen Vortrag nach Wien eingeladen wurde, hat mir meine Uni keine finanziellen Zuschüsse gewährt, weil Ermittlungen gegen mich geführt wurden. Kürzlich wurde ein Vortrag, den ich Anfang November an der Europäischen Universität in Lefke auf Zypern halten sollte, aus dem Programm des Symposiums gestrichen. Solche Diskriminierungen. gehen also stets weiter. Unsere größte Sorge gilt aber der Region, weil wir mit unserer Petition nicht in der Lage waren, das Blutvergießen zu beenden.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir demnächst wieder unsere Arbeit an den Unis aufnehmen können. Denn wir sind im Recht und haben auch die notwendigen Beweismittel. Wir beschreiten gerade die nationalen Rechtswege und wenden uns auch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Allerdings verfolgen wir derzeit mit Bestürzung, wie die deutsche Bundesregierung darauf verzichtet, Druck auf die türkische Regierung auszuüben. Wir sehen, welche Zugeständnisse an die türkische Regierung gemacht werden und wie man angesichts rechtswidriger Praktiken schweigt, um die syrischen Flüchtlinge abzuwehren.

Über drei Millionen Geflüchtete aus Syrien leben derzeit in der Türkei. Ihr dürft nicht zulassen, dass die türkische Regierung diese Menschen als Verhandlungsmasse einsetzt.

Sie leben unter schwierigsten Bedingungen, täglich verlieren Dutzende von ihnen bei Arbeitsunfällen ihr Leben. Es ist unmenschlich, wie sie als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden, wie man sie in vielen Fallen nicht einmal entlohnt, sondern gegen Kost und Logis beschäftigt. Nur ein Bruchteil der Syrer in den Städten hat einen Arbeitsvertrag. Viele werden als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt.

Nachdem sich die Türkei in der Außenpolitik vom Assad-Regime entfernt hatte, begann sie mit der Unterstützung der oppositionellen Gruppen durch die Lieferung von Waffen und Finanzmitteln. Diese Politik gehört zu dem Versuch, die Millionen von Menschen zur Flucht zu zwingen. Durch diese Politik wurde die Türkei zu einer Partei in dem blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Im Moment liefern sich türkische Soldaten im Ausland Gefechte. Wozu dieser Einsatz der türkischen Armee führen kann, werden wir in naher Zukunft erleben.

Wir sehen, wie heute der Vertrag von Lausanne von den Machthabern schlecht geredet wird. Mit diesem Vertrag wurden im Jahre 1923 die heutigen Grenzen der Türkei gezogen. Es ist sehr gefährlich, wenn man ihn in Frage stellt.

Heute setzt die türkische Regierung in der kurdischen Frage auf eine Eskalation des Kriegs, die Tür zu Verhandlungen hat sie zugeschlagen und widersetzt sich gegen einen Waffenstillstand. Auch diese Entwicklung ist für uns sehr Besorgnis erregend. Abschließend möchte ich jedoch meine Hoffnung in eine Welt unterstreichen, in der nicht der Krieg, sondern ein nachhaltiger Frieden herrscht, in der nicht Waffen, sondern Stifte das Sagen haben.

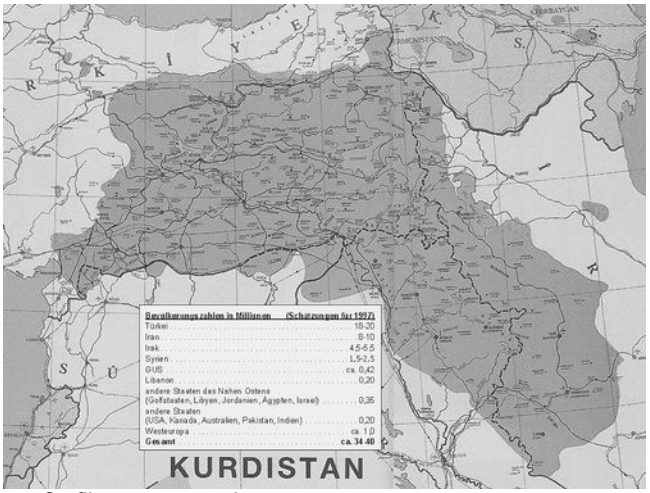
In diesem Sinne: viele liebe und solidarische Grüße!

Weitere Infos:
www.friedensdemo.org

Kurden - eine Migrantengruppe, die es nicht gibt

von Mako Qocgiri – Mitarbeiter des Kurdischen Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit - Civaka Azad

Schätzungsweise 800.000 bis 1.000.000 Kurden sollen in Deutschland leben. Somit wären sie nach den türkischen MitbürgerInnen die zweitgrößte Migrantengruppe Deutschlands. Und doch sind sie es offiziell gar nicht, denn sie tauchen in keiner bundesstaatlichen Statistik auf. Der Grund dafür ist einfach: Es gibt keinen kurdischen Staat und folglich keinen kurdischen Reisepass oder Personalausweis, der hierzulande registriert werden könnte - mit gravierenden Folgen.



Grafik: www.naven.de

Wer sind die Kurden in Deutschland?

Zunächst einmal stellt sich die Frage, wer diese Kurdinnen und Kurden in Deutschland sind und in welchen Wellen sie nach Deutschland emigriert sind: Die ersten Kurden erreichten Deutschland als Arbeitermigranten ab den 1960ern. Zuvor hatten nur ganz vereinzelt die Kinder reicher kurdischer Clanführer den Weg nach Deutschland gefunden, um hier ein Studium oder eine Ausbildung aufzunehmen. Unter den mehr als 800.000 „Gastarbeitern“ aus der Türkei, die unter dem damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard angeworben wurden, befanden sich dann sehr viele Kurden, die aus Zentral- und Ostanatolien stammen und vornehmlich der nicht-islamischen Glaubensgemeinschaft der Aleviten angehören.

Es handelt sich bei dieser Gruppe also um eine sowohl religiöse als auch ethnische Minderheit in der Türkei. Für viele von ihnen galt die Möglichkeit, in Deutschland arbeiten zu können, als goldene Chance, waren doch die kurdischen Siedlungsgebiete seit Jahrzehnten einer bewussten wirtschaftlichen Verwahrlosung durch den türkischen Zentralstaat ausgesetzt. Neben den wirtschaftlichen Faktoren, die alle „Gastarbeiter“ in Deutschland betrafen, gab es für diese Gruppe deshalb auch politische Gründe, die sie dazu bewogen, nicht wieder in die Türkei zurückzukehren.

Die nächsten Wellen der kurdischen Migranten in Deutschland erreichten das Land als politische- und/oder Kriegsflüchtlinge. Denn in allen vier Staaten, auf denen die Siedlungsgebiete der kurdischen Bevölkerung aufgeteilt sind, waren und sind teilweise immer noch politische Unterdrückung permanente Begleiterscheinung des gesellschaftlichen Lebens. Immer in Phasen, in denen diese Unterdrückungspolitik in einen offenen Krieg gegen die Kurden umschlug, nahm naturgemäß auch die Flucht der kurdischen Bevölkerung ins Exil zu, vornehmlich auch nach Deutschland.

Repression in allen Kurden-Siedlungsgebieten

Auf kurdische Migranten im Irak traf das besonders zu Zeiten des Ex-Diktators Saddam Hussein zu, der im Rahmen der Anfal-Operation 1989 und 1990 die „End-Lösung“ gegen die kurdische Bevölkerung forcierte, und bis zu 180.000 Kurden systematisch ermorden ließ.

Aus der Türkei flüchteten besonders viele Menschen in Richtung Deutschland, als Mitte der 90er Jahre die türkische Regierung unter Tansu Çiller auch mit deutschen Leopard-2 Panzern bis zu 4.500 kurdische Dörfer den Boden gleichmachte und bis zu 17.000 kurdische Aktivistinnen und Aktivisten spurlos verschwinden ließ.

Aus dem Iran nahm die Emigration der kurdischen Bevölkerung insbesondere nach der Islamischen Revolution von 1979 zu, obwohl viele Kurden zwar beim Sturz des Schah-Regimes mitgewirkt hatten, sie aber vor allem in sozialistischen und kurdischen Organisationen tätig waren und unter dem neuen Regime ebenfalls um ihr Leben fürchten mussten. Und auch in der Gegenwart emigrieren weiterhin Kurdinnen und Kurden aufgrund der Begleiterscheinungen der ungelösten kurdischen Frage in Richtung Deutschland, vornehmlich aus Syrien und aktuell auch wieder stärker aus der Türkei.

Die kurdische Frage – auch in Deutschland ungelöst

Doch wie bereits oben angedeutet, die Ankunft in Deutschland bedeutet für die kurdische Migrantengruppe noch längst nicht, dass sie auch die Probleme, mit denen sie als Kurden in ihren Heimatländern konfrontiert sind, hinter sich lassen konnten. Denn obwohl im Zweifelsfall der kurdische Flüchtling in seiner Heimat aufgrund seiner Identität politisch verfolgt und in Deutschland deshalb als solcher anerkannt wird, taucht er anschließend in den staatlichen Statistiken je nach dem Reisepass, den er mit sich führt, unter der Rubrik „Türke“, „Iraner“, „Iraker“ oder „Syrer“ auf. Das hat zur Folge, dass unser kurdischer Mitbürger für die Verlängerung seiner Dokumente weiterhin die Konsulate oder Vertretungen des Landes aufsuchen muss, in dem verfolgt wurde und aus dem er fliehen musste.

Noch schwerwiegender ist, dass der Kurde vermutlich irgendwann einmal seine Kinder, wenn sie die Grundschule besuchen, in den muttersprachlichen Unterricht für türkisch, persisch oder arabisch entsenden muss. In vielen deutschen Bundesländern steht der muttersprachliche Unterricht für Migrantenkinder unter der Hoheit der Konsulate. Und so lässt sich nur in sehr wenigen Ausnahmefällen in Deutschland muttersprachlicher Kurdischunterricht als Angebot der Grundschulen finden. Mag sich diese Tatsache für den deutschen Leser vielleicht nicht als sonderlich wichtig anhören –

immerhin sollen die Kinder ja in erster Linie die deutsche Sprache lernen – wiegt dieser Umstand für das kurdische Gemüt schwer. Denn die kurdische Sprache war über lange Jahrzehnte in den kurdischen Siedlungsgebieten verboten.

Den kurdischen Kindern wurde in ihrer Heimat ihre Muttersprache von Lehrerinnen und Lehrern, die selbst kein Wort kurdisch sprachen, quasi ausgeprügelt. Und auch wenn es gewisse Lockerungen beim Sprachverbot gegeben hat, die im Übrigen auf den Widerstand und vielen Opfern in der kurdischen Bevölkerung zurückzuführen sind, so herrscht doch gerade in der Türkei die Mentalität der Nicht-Anerkennung der Kurden weiterhin fort.

Kurdischer Schulunterricht ist weiterhin verboten. Und jüngst hat die Regierung Erdogan den kurdischen Zeichentricksender Zarok TV, auf welchem beispielsweise die Schlümpfe oder Biene Maja in kurdischer Synchronisation liefern, verboten. Es sind diese traumatischen Erfahrungen in ihren Heimatländern, mit denen sich die Kurden in Deutschland erneut konfrontiert sehen, wenn sie ihre Kinder nicht in den kurdischen, sondern in den türkischen Muttersprachunterricht schicken müssen.

PKK-Verbot: Antiquiertes Repressionswerkzeug

Doch die Absurdität der deutschen Kurdenpolitik lässt sich noch weiter auf die Spitze treiben: Der Fall „Leyla aus Nürnberg“, der vor wenigen Jahren in die Medien gelangte, steht exemplarisch dafür. Die junge Kurdin Leyla war als achtjährige im Rahmen der Familienzusammenführung aus der Türkei nach Deutschland gereist. Ihre Eltern waren als politisch Verfolgte geflohen. Für die Familie stand klar, dass sie trotz ihrer Flucht weiterhin auch in Deutschland für ihre Rechte eintreten werden.

Und so nahmen sie ihre Tochter Leyla mit zu kurdischen Demonstrationen in Nürnberg. Diese Demos wurden vom Staatsschutz mitgezeichnet. Und so warteten die Behörden bis zum 18. Lebensjahr von Leyla ab, um ihr dann Videos vorzulegen, auf denen sie als 14jährige auf vermeintlichen PKK-Demos zu sehen ist. Leyla war jetzt volljährig, sie galt als PKK-Anhängerin und somit als verfassungsfeindlich und sollte nun wieder in die Türkei abgeschoben werden.

Zwar erkannte ein Gericht Anfang 2015 nach jahrelangen Querelen Leyla als Flüchtling doch an. Doch allein die Tortur, die sie durchmachen musste, macht deutlich, mit was politisch aktive Kurdinnen und Kurden in Deutschland rechnen müssen. Das Obskure an der ganzen Sache ist, dass Menschen, die aufgrund ihrer politischen Aktivität aus ihrer Heimat flüchten mussten, bei der Fortsetzung dieser politischen Aktivitäten auch hierzulande mit Repressionen rechnen müssen. Zurückzuführen ist diese Situation auf das PKK-Verbot in Deutschland, das im November 1993 durch den damaligen Innenminister Kanther erlassen wurde.

Seither kommt es in Deutschland regelmäßig zu Vereins- und Demonstrationsverboten; es werden Einbürgerungsanträge von Kurden abgelehnt, die sich in kurdischen Organisationen engagieren; kurdische Jugendliche werden vom Verfassungsschutz aufgesucht und als V-Männer angeworben; und Kurdinnen und Kurden werden mit Anzeigen aufgrund von Verstößen gegen das Vereinsgesetz überhäuft, weil sie auf einer öffentlichen Veranstaltungen die falsche Fahne getragen oder den falschen Slogan gerufen haben. Gerade Letzteres nimmt absurde Ausmaße an, wenn beispielsweise die Polizei in Frankfurt a.M. bei Demonstrationen Fahnen von Vereinen verbietet, die nach deutschem Vereinsgesetz ordentlich angemeldet und folglich nicht verboten sind.

Aktive Kurden: Straffällig ohne Straftat

Die Verfolgung kurdischer AktivistInnen in Deutschland geht aber darüber noch hinaus: Gegenwärtig befinden sich zwölf Kurden in Deutschland aufgrund ihrer politischen Aktivitäten in Haft. Allen wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen ausländischen Vereinigung vorgeworfen, weswegen sie nach §129b des Strafgesetzbuches verfolgt und verurteilt werden. Acht der zwölf Anklagen mündeten bereits in Haftstrafen, die längste betrug sechs Jahre. Im Falle des Paragraphen 129b ist das Besondere, dass der oder die Betroffene in Deutschland keinerlei Straftaten begehen muss, um angeklagt und verurteilt zu werden. Es reicht nämlich aus, wenn die Gerichte eine Mitgliedschaft bei der PKK als erwiesen sehen, die von bundesstaatlicher Stelle als terroristisch eingestuft wird. Die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach § 129b StGB wird hingegen nur vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) erteilt.

Folglich muss sich im Prinzip jeder kurdische Aktivist in Deutschland der Gefahr ausgesetzt sehen, dass er oder sie nach §129b angeklagt werden kann, wenn das BMJV seine oder ihre Aktivitäten als PKK-Mitgliedschaft wertet. Laut dem aktuellen Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz beträgt die Zahl der PKK-Anhänger bundesweit rund 14.000, die damit potentiell damit bedroht sind, nach §129b verurteilt zu werden.

Erdogans langer Arm in Deutschland

Doch es ist nicht allein der Druck der deutschen Behörden, denen kurdische AktivistInnen in Deutschland ausgesetzt sind. Denn mittlerweile hat die türkische Regierung unter Erdogan ein breites Netz an Spitzeln in der Bundesrepublik auf die Beine gestellt. Die Rede ist von etwa 6.000 (!) türkischstämmigen Menschen allein in Deutschland, die der türkischen Regierung regelmäßig u.a. über die Aktivitäten der Kurdinnen und Kurden hierzulande unterrichten.

Neben diesen „freiberuflichen“ Mitarbeitern agieren weitere 800 hauptamtliche Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT in ganz Westeuropa. Und so wundert es nicht, dass diese Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes Namenslisten von kurdischen Aktivisten aus Deutschland den türkischen Behörden weiterreichen oder politische Beiträge aus den sozialen Medien von Kurdinnen und Kurden aus Deutschland sammeln. Ist die beobachtete Person dann zufällig türkischer Staatsbürger und entschließt sich in der Sommerzeit die Angehörigen in der Türkei zu besuchen, kann er oder sie dann mit strafrechtlichen Folgen rechnen.

Kein Behördenthema: Auftragsmorde in Paris 2013

Doch das ist noch das kleinere Übel. Wozu die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes in Westeuropa führen können, wurde auf traurige Weise am 09. Januar 2013 deutlich. An jenem Tag erschoss ein vermutlich „freiberuflicher" Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes mit dem Namen Ömer Güney drei kurdische Aktivistinnen inmitten der französischen Hauptstadt Paris. Güney hatte, wie später bekannt wurde, regelmäßig Kontakt zu hauptamtlichen Mitarbeitern des MIT. Gemeinsam planten sie sorgsam die Einschleusung Güneys in die kurdischen Strukturen von Paris, wo er sich zunächst das Vertrauen der Menschen erwarb und anschließend bei einer passenden Gelegenheit zuschlug. Ömer Güney sitzt seither in Haft. Doch besondere Anstrengungen, seine Hintermänner ausfindig zu machen, gibt es nicht.

Ein kurzer Blick auf die gegenwärtige Eskalation im türkisch-kurdischen Konflikt reicht aus, um sich klar zu machen, dass eine ähnliche Gefahr sicherlich auch von türkischen Geheimdienstlern in Deutschland ausgeht. Doch wie sehr die deutschen Behörden bereit sind, gegen diese Gefahr vorzugehen, steht in den Sternen. Das September 2015 zunächst medial viel beworbene Verfahren gegen drei türkische Geheimdienstler in Koblenz wurde jedenfalls später klammheimlich gegen Geldzahlungen eingestellt. Die Verfolgung von kurdischen Aktivisten scheint derzeit für deutsche Behörden Priorität zu haben.

Weitere Infos:
http://civaka-azad.org

Who is Who?

Türkei / Nordkurdistan

HDP Linke prokurdische, gesamttürkische „Demokratische Partei der Völker", Die HDP konnte bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 die 10 %-Wahlhürde mit 13 % überspringen .

DBP Demokratische Partei der Regionen; gegründet 2014; arbeitet zusammen mit HDP und setzt in derzeit 106 Gemeinden Kurdistans das kommunale Demokratiesystem, „demokratische Autonomie" (Politik ohne Herrschaft) in die Praxis um. Kernprinzip in allen Lebensbereichen ist das System des Co-Vorsitzes Mann/Frau.

PKK Arbeiterpartei Kurdistans; gegründet 1978; In der Türkei ist sie als terroristische Organisation eingestuft und verboten. In Deutschland wurde die Tätigkeit für die PKK am 26. November 1993 verboten.

HPG Selbstverteidigungseinheiten/Guerilla (bewaffnete Einheiten der PKK); HPG und YPG/YPG retteten 2014 Zehntausende Ezidinnen und Eziden aus dem Sindschar-Gebirge vor dem sicheren Tod durch den IS.

YPS Kurdische Zivilverteidigungseinheiten

Rojava / Westkurdistan-Nordsyrien

Rojava besteht aus drei (noch nicht zusammenhängenden) Kantonen Afrîn im Westen, Kobanê im Norden und Cizîrê im Osten.
PYD Partiya Yekitîya Demokrat (Partei der demokratischen Einheit) in Rojava/Westkurdistan-Nordsyrien; 2003 gegründet.

TEV-DEM Bewegung der demokratischen Gesellschaft

YPG Volksverteidigungseinheiten von Rojava

YPJ Frauenverteidigungseinheiten von Rojava

Deutschland

NAV-DEM Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd*innen in Deutschland e. V. mit Sitz in Düsseldorf, dem zahlreiche kurdische Kulturvereine angehören; www.navdem.com
YXK Verband der Studierenden aus Kurdistan; www.yxkonline.com
CIVAKA AZAD Kurd. Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit in Berlin
ISKU Informationsstelle Kurdistan in Hamburg; www.isku.org
Kampagne TATORT Kurdistan; gegründet Anfang 2010 mit dem Ziel, die Verstrickung und Unterstützung der offiziellen deutschen Politik an dem Krieg und der Unterdrückung in Kurdistan durch den türkischen Staat aufzudecken und dagegen zu intervenieren

Quelle: www.civaka-azad.org

Initiative für eine Städtepartnerschaft mit Kobanê

Interview mit Lothar Reininger, Frankfurt a.M.

FJ: Wie kam Ihre Initiative zustande und wie setzt sie sich personell zusammen?

Wir haben diese Initiative im Mai d.J. auf den Weg gebracht, basierend auf meiner Funktion als erster Vorsitzender des Vereins „Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim". Neben zahlreichen Einzelpersonen sind in Frankfurt u.a. beteiligt das Dritte-Welt-Haus, die VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der Städtefreundschaftsverein Frankfurt-Granada (Nicaragua), die Kampagne „Tatort Kurdistan" und kurdische Organisationen wie Nav-Dem, der Amara-Frauenrat und der Studierendenverband YXK.

FJ: Welche praktischen, projektorientierten Ziele verfolgt Ihre Initiative?

Wir haben uns dafür entschieden, zur Finanzierung eines Waisenhauses in Kobanê beizutragen, wofür bereits die Bauarbeiten begonnen haben. Dieses soll der Unterbringung von 100 Kindern dienen, die zu Waisen geworden sind oder deren Eltern kriegsbedingt nicht zu deren Versorgung in der Lage sind. Nach Fertigstellung sollen dazu noch weitere Ausbildungs- und Betreuungsplätze für 600 Kinder gebaut werden.

Eine besondere Betreuung ist für die Kinder und ihre Mütter geplant, wo meistens die Väter bzw. Männer im Kampf gegen den IS getötet worden sind und traumatische Erfahrungen aufgearbeitet werden müssen, um eine Lebensperspektive zu ermöglichen.

FJ: Von wem wurde dieses Projekt initiiert?

Wir arbeiten dabei mit der unabhängigen und gemeinnützigen „Stiftung der freien Frauen in Rojava“ (WJAR) zusammen, die im September 2014 von kurdischen und arabischen Frauen gegründet wurde. Diese begegnet den Schwierigkeiten von Frauen und Kindern in Rojava und Syrien auf der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, gesundheitlichen und und kulturellen Ebene durch Bildung.

FJ: Wie sieht es mit dem bereits erreichten Spendenaufkommen aus?

Unsere eigenen Erwartungen und Ziele, die wir uns bis zum Jahresende gesetzt haben, wurden bereits jetzt übertroffen. Einschließlich von großzügigen Einzelspenden, vor allem aus dem Stadtteilverein „Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim e.V.“ liegen wir aktuell bereits über 30.000 Euro und damit deutlich über der von uns nach außen hin kommunizierten Zielmarke der Übernahme von Baukosten für 40 Unterbringungs- bzw. Ausbildungsplätze zu je 600 Euro, also insgesamt 24.000 Euro. Dazu muss noch gesagt werden, dass an der Finanzierung des Waisenhauses derzeit auch andere Initiativen in Deutschland, Österreich und den Niederlanden beteiligt sind.

FJ: Gibt es darüber hinaus aus für dieses Projekt auch praktische Hilfestellungen?

Unter unseren Mitgliedern sind Pädagogen des freien Jugendhilfeprojektes „Welle“. Wir wollen vor Ort Weiterbildungen speziell für kriegstraumatisierte Kinder anbieten, wenn die Grenzblockaden der Türkei aufgehoben sind.

FJ: Wie kann die Initiative zur Städtepartnerschaft nach außen hin gelebt werden?

Wir bereiten aktuell gerade eine öffentliche Veranstaltung vor, in der von dem Arzt und Menschenrechtsaktivisten Professor Gerhard Trabert zur Lage der Flüchtlinge an der syrisch-türkischen Grenze berichtet wird. Diese Veranstaltung, die von Grussworten aus dem Magistrat der Stadt Frankfurt und dem Hessischen Landtag begleitet wird, steht unter der Überschrift: „Fluchtursachen bekämpfen, demokratische Strukturen stärken – dafür steht Kobanê.“

Foto: Demonstration gegen die Inhaftierung kurdischer Bürgermeister in der Türkei in Frankfurt a.M. am 29.10.2016 (vorne rechts: Lothar Reininger), Quelle: K.-H. Peil

FJ: Wie realistisch ist - trotz der von Ihnen genannten öffentlichen Aufmerksamkeit das Ziel einer offiziellen Städtepartnerschaft überhaupt?

Dieses liegt sicherlich noch in weiter Ferne. Mit dem angestrebten Aufbau von langfristigen Strukturen wollen wir die Partnerschaft so mit Leben füllen, dass die Kommunalpolitik mutig genug ist, sie eines Tages offiziell zu machen.

Für realistisch halten wir, dass es uns gelingt, nach Abschluss des Verfahrens zur Vereinsgründung, d.h. nach Eintrag im Vereinsregister und Anerkennung der Gemeinnützigkeit eine große Anzahl von Mitgliedern zu gewinnen, von denen uns möglichst viele auch finanziell fördern.

FJ: In Frankfurt a.M leben viele Kurden, die auch zahlreich auf die Straße gehen. Sieht man demnächst bei solchen Demos auch deutsche Mitbürger?

Natürlich sind wir als Initiative bzw. als Verein in Gründung jetzt auch bei Kurden-Demos in Frankfurt präsent, z.B. mit unserem eigenen Banner. Unsere Aufmerksamkeit gehört aber derzeit leider den Auflagen des Frankfurter Ordnungsamtes, das Fahnen von „PKK nahestehenden Organisationen“ untersagt, womit die erfolgreich gegen die IS-Terroristen kämpfenden kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten und die in den Selbstverwaltungsgebieten regierenden „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) gemeint sind. Wir halten das für grotesk: Deren Beteiligung bei der Befreiung von Kobanê wird zwar anerkannt, aber dennoch werden die Fahnen verweigert.

Abgesehen von dem völlig antiquierten PKK-Verbot in Deutschland: Wir befürchten, dass hier ein Exempel statuiert werden soll für bundesweite Repressalien und sehen uns deshalb in unserer Solidarität besonders gefordert.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Das zerstörte Kobanê

Die Stadt Kobanê – Hauptstadt des gleichnamigen Kantons in der heutigen Autonomen Föderation Nordsyrien – ist weltweit bekannt geworden durch die brutalen Angriffe des sog. Islamischen Staates (IS), die im September 2014 begannen. Durch den erfolgreichen Widerstand der Bevölkerung und der kurdischen Verteidigungskräfte konnte die Stadt im Januar 2015 vom IS befreit werden. Nach der Befreiung kehrten viele der geflüchteten Einwohner in ihre Heimatstadt zurück, um sich an dem Wiederaufbau zu beteiligen. Der IS hat zahlreiche Sprengfallen hinterlassen. Selbstmordattentate und Anschläge gegen die Zivilbevölkerung fordern hohe Verluste. Viele Kinder haben ihre Eltern verloren.
Der Wiederaufbau von Kobanê ist nicht nur materielle Notwendigkeit – er hat auch hohe symbolische Bedeutung im Kampf gegen den IS:

Quelle:
Flyer der Initiative Städtepartnerschaft Kobanê - Frankfurt

Merkels Partnerschaft mit Erdogan und die Folgen

Sevim Dagdelen: Der Fall Erdogan, Westend-Verlag, Okt. 2016, 220 Seiten, ISBN 978-3-86489-156-4 , 18 €

Dies ist weder ein Türkei-Buch, noch geht es um die Machenschaften des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayip Erdogan oder den Schiffbruch der deutschen Bundesregierung mit ihrer Türkei-Politik allein. Im Mittelpunkt steht vielmehr das deutsch-türkische Verhältnis. ein Verhältnis, das von einer zunehmenden Unterwürfigkeit insbesondere der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres Außenministers Frank-Walter Steinmeier gegenüber einer autokratisch regierten Türkei im Allgemeinen und ihrem Präsidenten Erdogan im Besonderen geprägt ist.

Aus der Einleitung / Klappentext

Sevim Dagdelen ist seit 2005 im Bundestag, d.h. bereits in der dritten Wahlperiode. Vor dieser Zeit war sie u.a. journalistisch als freie Mitarbeitern in der Europaredaktion einer türkischen Tageszeitung tätig.

Verfolgt man die Vielzahl ihrer parlamentarischen Anträge, „Kleine Anfragen“, mündliche und schriftliche Fragen an die Bundesregierung, so ist sie mit Sicherheit diejenige, die am besten über die Komplizenschaft der deutschen Politik mit dem Regime Erdogans informiert ist. Hinzu kommen noch die Kenntnisse der Autorin durch ihre regelmäßigen Türkei-Besuche und ihre Rolle als Beobachterin von Gerichtsprozessen in der Türkei. Es verwundert deshalb nicht, dass die Autorin in der jüngsten Zeit häufig in Fernseh-Talkshows und -Interviews zu sehen ist.

Ihr soeben erschienenes Buch ist deshalb eine wichtige und notwendige Zusammenfassung ihres Detailwissens zu einer beispiellosen Bankrotterklärung der deutschen Außenpolitik, die auch von der Friedensbewegung angeprangert werden muss.

Innenpolitisches Aufsehen hatte in diesem Jahr vor allem der Fall Böhmermann und seine Folgen erregt, der in ihrem Buch noch mal in kompakter Form dargestellt wird.

Vergleichsweise weniger spektakulär war der im Jahr 2013 erfolgte Prozess gegen den türkischen Pianisten und Komponisten Fazil Say, der an anderer Stelle von der Autorin beschrieben wird.

„Seine Verurteilung zu zehn Monaten Haft auf Bewährung wegen Blasphemie im Jahr 2013 erscheint aus heutiger Sicht wie ein großes Wetterleuchten dessen, was da noch kommen sollte.“

Diese Anklage wurde erst im September 2016 endgültig fallen gelassen. Vorausgegangen war hier eine große Welle internationaler Solidarität. Obwohl Fazil Say gerade in Deutschland häufig mit Konzerten zu sehen ist, schwieg die Bundesregierung dazu jedoch beharrlich

„Sie ließ die Künstler wie Fazil Say, der sich als Brückenbauer zwischen den Kulturen, als Wanderer zwischen Orient und Okzient begreift, im Stich – 2012, 2013 und auch noch im Jahr 2015.“

Auf die jüngsten Schauprozesse gegen türkische Journalisten und Oppositionelle wird in einem eigenen Kapitel eingegangen.

Für die Kumpanei der deutschen Bundesregierung mit Erdogan gibt es natürlich handfeste Interessen. Hierbei geht es nicht nur um den EU-Türkei-Flüchtlings-Deal, der von der Autorin noch mal kurz dargestellt wird, sondern auch um handfeste wirtschaftliche Interessen. (Siehe nachfolgenden Auszug aus dem entsprechenden Buch-Kapitel).

Die Hintergründe des missglückten Putsches sind bis heute unklar. Die Autorin stellt mehrere alternative Erklärungen gegenüber und beschränkt sich kluger weise darauf, auf die plausibelste Erklärung hinzuweisen, die sich nach Darstellung der bekannten Fakten aufdrängt.

Während man in der deutschen Politik offiziell gegen Hassprediger und Salafisten zu Felde zieht, bleibt weitestgehend unbeachtet, dass von Erdogan mittlerweile eine starke institutionelle Einflussnahme auf die Moscheegemeinden in Deutschland erfolgt, d.h. Erdogans Staatsbeamte dürfen hierzulande Menschen aufhetzen und indoktrinieren. Eine besondere Rolle spielt dabei auch, dass seit der Regierungsübernahme von Erdogans AKP die islamistische Muslimbrudschaft in Türkei an großen Einfluss gewonnen hat. Auf entsprechende Anfragen von Sevim Dagdelen an die Bundesregierung wurde dazu eine Stellunganhme verweigert mit dem wörtlichen Verweis, dass „aus Gründen des Staatswohls [die Beantwortung der Frage] nicht erfolgen [kann]“. Konsequenter weise bezeichnet die Autorin die Haltung der Bundesregierung dazu als Drei-Affen-Politik: „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“.

Zum Völkermord an den Armeniern ist bereits viel geschrieben worden. Verdienstvoll ist es, dass die Autorin die Beihilfe der deutschen Militärs und Politiker recherchiert hat und in ihrem Buch umfassend darstellt:

„Die historische Wahrheit lässt aber eine Festlegung der Rolle des Kaiserreiches auf bloß eine unterlassene Hilfeleistung nicht zu.“

Es war damals Karl Liebknecht, der hartnäckig im Januar 1916 im Reichstag nachfragte und deswegen geradezu niedergeschrien wurde. Im Nachhinein kommentierte er dieses wie folgt:

„Die türkische Regierung hat ein furchtbares Gemetzel unter den Arme-

niern angerichtet; alle Welt weiß davon – und in aller Welt macht man Deutschland verantwortlich, weil in Konstantinopel die deutschen Offiziere die Regierung kommandieren. Nur in Deutschland weiß man nichts, weil die Presse geknebelt ist“.

Die Autorin prangert zu Recht an, dass sich diese Kumpanei bis heute fortgesetzt hat. Traurige Höhepunkte dieser Politik war die Anfang September erfolgte (verklausuliert formulierte) Distanzierung Angela Merkels von der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages.

Seit der Abstimmung im Bundestag zur Armenien-Resolution Anfang Juni steht Sevim Dagdelen als Gruppe von insgesamt 11 türkischstämmigen Abgeordneten unter Polizeischutz. Angesichts der besonders gegen sie in der letzten Zeit erfolgten Hasstiraden im Internet gegen sie und ihre Familie muss man das vorliegende Buch (leider) als sehr mutig bezeichnen. Es ist erschreckend, wie weit die Bedrohung der Meinungsfreiheit in unserem Land durch Erdogans langer Arm nach Deutschland bereits gediehen ist.

Die Autorin beschränkt sich nicht auf das Anprangern der Kumpanei zwischen Merkel und Erdogan, sondern nennt am Ende ihres Buches eine Reihe von Vorschlägen, die sie in einem 10-Punkte-Plan zusammen fasst. Diese Punkte sind auch eine wichtige Grundlagen für die notwendige Solidarität mit den Oppositionellen in der Türkei und den Kurden. Unter anderem werden von der Autorin aufgeführt:

- deutliche Signale gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen zu setzen
- sofortiger Stopp aller Rüstungslieferungen
- Infrastrukturhilfen für syrische Kurden in Rojava anstatt in die von Islamisten gehaltenen Regionen Syriens
- Abzug der in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten
- Beschneidung des Einflusses Erdogans in Deutschland durch Kündigung von Staatsverträgen in den Ländern, die die Entsendung von Erdogans Immanen und den Einfluss auf Freitagspredigten beenden
- Signale gegen die Bedrohungen von Kurden, Aleviten, Linken und Demokraten durch Erdogan-Fans in Deutschland

Das abschließende Fazit der Autorin lautet: Selbst wenn man die moralische Bankrotterklärung der Außenpolitik unter Merkel und Steinmeier akzeptieren würde, da jede menschenrechtliche Orientierung die Durchsetzung der eigenen Interessen nur stören würde: Diese Außenpolitik mit dem Deal zur Flüchtlingsabwehr wird nicht funktionieren und ist zum Scheitern verurteilt.

Die ökonomische Achse Berlin-Ankara

von Sevim Dagdelen (Buchauszug)

Wenn der CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder sich vor die Bundeskanzlerin stellt, um das Abwiegeln und Wegducken zu rechtfertigen, spielen sowohl der Flüchtlingsdeal, gekoppelt an die sechs versprochenen EU Milliarden für Erdogan und die verheißene Visafreiheit, als auch das geopolitische Interesse an der Türkei innerhalb der NATO-Partnerschaft eine entscheidende Rolle. Doch auch die engen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder sowie die Bedeutung der Türkei als Markt und für den Kapitalexport deutscher Unternehmen sind ein nicht zu unterschätzender Grund für die devote Haltung der Bundesregierung.

Die guten Profite deutscher Konzerne in der Türkei will Berlin selbstverständlich nicht gefährden. Auf der anderen Seite ist gerade der Kapitalexport deutscher Unternehmen entscheidend für das Wirtschaftsmodell der AKP gewesen - und er ist es noch. Bei allen Lobpreisungen über das Wachstum des türkischen Bruttosozialprodukts in den vergangenen Jahren wurde im Westen gern übersehen, dass dieses Modell auf tönernen Füßen steht. […]

Nachdem die AKP die Regierung übernommen hatte, verordnete sie dem Land einen neoliberalen Schub, der bis heute noch nicht beendet ist. Allein in den sieben Jahren von 2002 bis 2009 verkauften die türkischen Regierungen frühere Staatsunternehmen im Wert von 28,5 Milliarden US-Dollar - mehr als das Dreieinhalbfache der Privatisierungen in den 16 Jahren zuvor. In einem "Notfallaktionsplan" machte Erdogan mit seinen Ministern im Jahr 2003 klar, dass sich der türkische Staat auf Kernbereiche wie Bildung, Gesundheit, das Justizwesen und den Sicherheitsbereich beschränken werde. [...]

Mit Erdogans fürsorglich aus Europa begleiteter Privatisierungsstrategie waren ausländische Investoren und gerade deutsche Anleger leicht anzulocken. Aber wenn die Investoren ihr Geld dauerhaft abziehen, wie sie es unmittelbar nach dem Putschversuch schon getan haben, dann kann dieses Modell nur allzu leicht Schlagseite bekommen. Stünden dann auch noch die üppigen Finanzhilfen der EU in Frage, könnte das neoliberale Ausverkaufsmodell der AKP als Motor der türkischen Wirtschaft schnell ins Stottern geraten.

Und in der Tat scheint es jetzt so weit zu sein. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" konstatiert, dass nicht nur der Tourismus, eine der wichtigsten Einnahmequellen, einbricht, sondern dass auch die Investoren sich mittlerweile im großen Stil aus der Türkei zurückziehen. Doch deren Geld habe den Aufschwung im Land über die vergangenen 15 Jahre hauptsächlich finanziert. Mehr als 150 Milliarden Dollar investierten Anleger seit Ende 2003 in türkische Aktien- und Anleihenmärkte, so die FAZ.

In diesem Sinne sind auch Volker Kauders Winke mit dem Zaunpfahl zu verstehen. Der türkische Präsident wisse sehr wohl, dass "sein Land in wirtschaftlicher Hinsicht stark von Investitionen aus Europa abhängig" sei, so der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU. Allein, auch hier wähnt sich Erdogan am längeren Hebel. Zu wichtig ist das Land für deutsche Unternehmen.

Das Auswärtige Amt rühmt geradezu die Sonderstellung Deutschlands im Hinblick auf die Türkei: "Mit einem kumulierten Investitionsvolumen von über 12 Mrd. Euro seit 1980 ist Deutschland auch der größte ausländische Investor. Die Zahl deutscher Unternehmen bzw. türkischer Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei ist inzwischen auf über 6500 gestiegen. [...]

23. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2016

in Kassel, Universität
Standort: Wilhelmshöher Allee 73
Sa./So., 3./4. Dezember 2016

Nähere Infos:
www.friedensratschlag.de

Für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit

- Rassismus und Nationalismus entgegentreten
- Deutsche Kriegs- und Aufrüstungspolitik stoppen
- für Verhandlungslösungen

Referate und Workshops nach Themengruppen:

Globalstrategien, ökonomische Interessen und Konfliktregionen

- Afghanistan: Gibt es eine friedliche Perspektive?
- Afrika nach dem Rohstoffboom
- Irak: ein endloser Krieg?
- Israel und Palästina: Aktuelles
- Korea: Warum kein Frieden nach 60 Jahren?
- Lateinamerika: Ende der linken Hegemonie?
- Libyen: Gibt es einen Ausweg aus dem Chaos?
- Mali: Wem nützen die Bundeswehreinsätze?
- Osteuropa: Washingtons neue beste Freunde
- Syrien: Wer kämpft gegen wen und warum?
- Türkei: Merkels Partnerschaft mit Erdogan; Wohin steuert das Land?
- Ukraine: Das Elend einer Spielfigur
- USA: Innen- und Weltpolitik nach den Wahlen

Militarisierung, NATO, EU und deutsche Politik

- Bundeswehr-Weißbuch 2016
- Cyberpeace: Gegenmodelle zur Bedrohung aus dem Datenraum
- EU-Militarisierungsschub nach dem Brexit?
- Killerroboter verbieten – wie kann das gehen?
- NATO-Centres of Excellence in Kalkar und Kiel
- NATO-Gipfel 2017 in Brüssel
- Terrorismus und soziale Gerechtigkeit
- US-Militärbasen in Deutschland und Südeuropa

Aktionsorientierung der Friedensbewegung

- Wo steht die Friedensbewegung?
- Was tun gegen Bundeswehr-Schulbesuche?
- Krieg in den Medien – Medien im Krieg
- Wie können wir Videos in sozialen Medien nutzen?
- Wie stehen Beschäftigte in der Rüstungsindustrie zu Rüstungsproduktion, -export und Sozialabbau?
- Zivilklauseln an Hochschulen und Konversion
- Protestkultur, Lerngelegenheiten u. Einflussnahme
- World Cafe: Kampagnen der Friedensbewegung stellen sich vor

ReferentInnen:

Dr. Jürgen Altmann, Jacqueline Andres, Dr. Matin Baraki, Dr. Jörg Becker, Murat Cakir, Dr. Erhard Crome, Sevim Dagdelen, Dr. Andreas Eis, Dr. Jörg Goldberg, Harri Grünberg, Joachim Guilliard, Lühr Henken, Stefan Hügel, Kristine Karch, Reinhard Lauterbach, Karin Leukefeld, Jürgen Lutterkordt, Sabine Lösing, Thomas Mickan, Dr. Dietrich Meyer-Ebrecht, Freya Maria Pillardy, Willi van Ooyen, Michael Schulze von Glaßer, Konrad Ott, Anne Rieger, Clemens Ronnefeldt, Dr. Werner Ruf, Dr. Sabine Schiffer, Ingar Solty, Conrad Schuhler, Jörg Tiedjen, Bernhard Trautvetter, Philipp Vollrath, Dr. Rainer Wernig

IMI-Kongress 2016: „Kein Frieden mit der Europäischen Union“

Datum: 19./20. November, Ort: Schlatterhaus, Österbergstr. 2, 72072 Tübingen, (Auftaktveranstaltung am Freitag an anderem Ort)

„Nie zuvor war Europa so wohlhabend, so sicher und so frei.“ Mit diesen Worten beginnt die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003. Sah man sich damals noch „umzingelt von Freunden“, so ist auch die unmittelbare „Nachbarschaft“ der Europäischen Union gegenwärtig von Krisen und Gewaltkonflikten geprägt. Auch im Inneren zeigt sich die EU nicht erst seit dem Brexit zerrissen. Während im Inneren wieder Grenzen und Zäune aufgebaut werden, verhandelt die EU nach außen über Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA und gilt die Vision einer gemeinsamen EU-Armee als Lichtblick der Integration. Im Zuge der „Bratislawa-Agenda“ will die EU bis zu ihrem 60jährigen Jubiläum im März 2017 einen umfangreichen Militarisierungskatalog vorlegen, der anschließend umgesetzt werden soll. Zwar wiederholen die Eliten gebetsmühlenartig ihre Forderungen nach „mehr Europa“ und „europäischen Lösungen“, von den damit vermeintlich verbundenen Werten ist jedoch wenig zu bemerken.

Auf dem Kongress soll der Fragen nachgegangen werden, in welchem Verhältnis die Binnenstruktur der EU zu den Konflikten in ihrer Nachbarschaft steht. Durch eine Bestandsaufnahme der bisherigen Einsätze und geplanten Struktur der „Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ wollen wir einen Beitrag zur linken Dekonstruktion der „Ideologie Europa“ leisten. Auch sollen Aspekte wie Freihandelspolitik und Migration dabei nicht gänzlich außen vor zu lassen.
Wer weitere Informationen zum Kongress haben möchte, kann sich gerne im IMI-Büro melden:
imi@imi-online.de, Tel. 07071-49154

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Internet: www.imi-online.de